

EINKOMMENSVERTEILUNG

Bei der Antwort auf die Frage, ob eine Wirtschaftsordnung gerecht ist, orientieren sich Menschen zumeist an der Einkommensverteilung. Je mehr die Einkommen von „Reichen“ und „Armen“ auseinanderdriften, desto stärker ist der Druck auf die Politik, von „oben“ nach „unten“ umzuverteilen. Obwohl in Deutschland der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt 2018 mit 996 Mrd. € knapp 30 % betrug (BMAS, 2019), gibt es Rufe nach einer Ausweitung des Sozialstaats. Negative Wirkungen einer noch größeren Umverteilung auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen werden dabei häufig übersehen.

Deutschland bei Umverteilung international in der Spitzengruppe

Ein Maß zur Bestimmung der Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient: Wären alle Einkommen gleich verteilt, würde der Gini-Koeffizient bei Null liegen, bei maximaler Ungleichverteilung nähme er den Wert 1 an. Auf Grundlage der Markteinkommen liegt der Wert für Deutschland bei 0,51. Mit der Umverteilung liegt der Wert für das verfügbare Haushaltseinkommen hingegen bei 0,29. Damit gehört Deutschland zu den umverteilungsstärksten Ländern der OECD (IW Köln, 2018). Nach Umverteilung weist Deutschland zusammen mit Frankreich die gleichmäßigste Einkommensverteilung aller

G20-Staaten auf (OECD 2019). Dabei hat sich das Niveau der Einkommensverteilung in Deutschland seit 2005 nicht wesentlich verändert.

Staatliche Umverteilung funktioniert

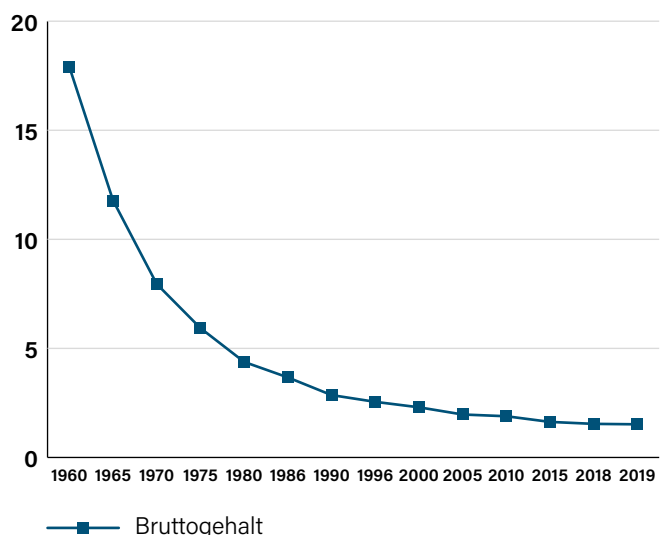
Der Sozialstaat verteilt grundsätzlich von oben nach unten um; die starken Schultern der Gesellschaft tragen also mehr. Die angesichts der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und des technischen Fortschritts wachsende Lücke zwischen Markteinkommen und Nettoeinkommen wird durch die staatliche Umverteilung weitgehend kompensiert. Ärmere Haushalte profitieren von verschiedenen Transfer-

Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland

Die Steuer- und Abgabenbelastung eines Durchschnittsverdieners in Deutschland gehört zu den höchsten der Welt. So liegt hierzulande der Abgabenanteil zwischen Arbeitskosten des Arbeitgebers und Nettolohn eines ledigen Durchschnittsverdieners bei 49,5 % und damit über dem OECD-Durchschnitt von 36,1 % (OECD, 2019). Während rund zwei Drittel dieses Abstandes auf die Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen sind, erhöhte sich auch die steuerliche Belastung durch ein „heranwachsen“ des Spitzensteuersatzes im Zeitverlauf. So fand 1960 der Spitzensteuersatz erst ab dem rd. 18-fachen des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts Anwendung, 2016 aber bereits ab dem 1,6-fachen des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts (IW Köln, 2017). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einkommensteuer auch die Steuer der Personenunternehmen und damit der großen Mehrzahl der Betriebe des deutschen Mittelstands ist. Steuererhöhungen oder das Ausbleiben von Erleichterungen bedeutet für diese Unternehmen weniger finanzielle Möglichkeiten für zukunftssichernde Investitionen verfügbar zu haben.

Spitzensteuersatz greift immer früher

Relation von Durchschnittseinkommen und Einsetzen des jeweiligen Spitzensteuersatzes



Hinweis: 2018 und 2019 sind fortgeschriebene Werte.

Quellen: BMF; IW Köln, 2017

EINKOMMENSVERTEILUNG

leistungen, wie dem Kindergeld oder Arbeitslosengeld II und bekommen damit mehr vom Staat, als sie in Form von Steuern und Abgaben abführen müssen. Dadurch werden sie zu sogenannten Nettoempfängern von Transfers. Anders ist es bei Beziehern mittlerer und höherer Einkommen. Diesen Haushalten nimmt der Staat über Steuern und Abgaben mehr Geld ab, als er ihnen über Transfers zurückgibt: Bei einem durchschnittlichen Haushalt mit einem Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 € beträgt der Umverteilungssaldo +290 €, bei einem Nettohaushaltseinkommen von 3.500 bis 4.000 € liegt der Saldo dagegen bei -963 € (Berechnungen des IW Köln, 2019). Bei der Finanzierung dieser Umverteilung nimmt die Einkommensteuer eine zentrale Rolle ein, weil sie höhere Einkommen überproportional belastet. Die obersten 10 % der Einkommensbezieher zahlten im Jahr 2018 mehr als die Hälfte (54,8 %) aller Einkommensteuern. Dagegen zahlten die unteren 50 % etwa 6 % des gesamten Einkommensteueraufkommens (BMF, 2019).

Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut

Die Armutsentwicklung wird in Deutschland meistens anhand der sog. Armutsrisikoquote – oder treffender der „Niedrigeinkommensquote“ – gemessen. Sie stellt ein relatives Maß dar, das den Anteil an Personen abbildet, die weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung erhalten. Besonders oft sind Erwerbslose und Alleinerziehende statistisch armutsgefährdet – 64,3 % bzw. 36,8 % leben unter der Armutsrisikoschwelle (Teilhabemonitor 2019). Daher sind die besten Mittel gegen das Armutsrisiko eine prosperierende Wirtschaft mit einer geringen Arbeitslosigkeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Staatliche Transferzahlungen sorgen zudem dafür, dass das Armutsrisiko nicht größer ist: Durch Sozialtransfers wird das Armutsrisiko in der Bevölkerung um rd. ein Drittel gesenkt (Eurostat 2019).

In Deutschland gelten 16,1 % der Bevölkerung als von Armut bedroht, diese Quote liegt leicht unter dem EU-Durchschnitt von 16,9 %. Da die Armutsgefährdung relativ zum nationalen Medianeinkommen gemessen wird, bleibt dabei allerdings der Lebensstandard innerhalb eines Landes unberücksichtigt. Gemessen am durchschnittlichen Lebensstandard der EU-28 (kaufkraftbereinigtes Einkommens unterhalb von 60 % des EU-weiten Medianeinkommens) halbiert sich die Quote der Armutsgefährdeten in Deutschland nahezu auf 8,2 %, nur acht Länder innerhalb der EU-28 weisen dann eine geringere relative, kaufkraftbereinigte Einkommensarmut auf. (Teilhabemonitor 2019).

Beschäftigungsfördernde Lohnpolitik wirkt geringen Einkommen entgegen

Arbeitslosigkeit ist der häufigste Grund für ein geringes Einkommen. Durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und durch moderate Lohnpolitik ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland zuletzt stark zurückgegangen, von 2005 auf 2019 um über 2,5 Mio. auf unter 2,3 Mio. Die Tarifpartner haben durch beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse dazu beigetragen, dass zwischen 2006 und 2019 rd. 6,9 Mio. (+26 %) zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen wurden (Bundesagentur für Arbeit, 2020).

Geringere Sozialbeiträge helfen, Einkommensungleichheit zu begrenzen

Geringere Beitragssätze zur Sozialversicherung sind ein besonders wirksames Mittel, um Einkommensungleichheit zu begrenzen: Sie sorgen für höhere Nettoeinkommen, wovon in erster Linie Arbeitnehmer mit Einkommen am unteren Ende der Einkommensskala profitieren. Bei ihnen machen die Sozialbeiträge den größten Teil ihrer Abgabenlast aus. Dies gilt besonders für Geringverdiener und Familien mit vergleichsweise geringer Lohnsteuerbelastung. Hohe Einkommen haben von geringeren Sozialbeiträgen dagegen einen geringeren Vorteil, weil sie aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen nur teilweise mit Sozialbeiträgen belastet werden. Zudem ergeben sich durch niedrigere Sozialbeiträge positive Beschäftigungseffekte, von denen ebenfalls besonders Geringqualifizierte und Arbeitslose profitieren.

PUBLIKATIONEN

Fakten statt Zerrbilder: Gerechtigkeit 4.0 – so gerecht ist Deutschland

Broschüre, Juni 2017

kompakt:

- Arbeitskosten

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern

T +49 30 2033-1950

volkswirtschaft@arbeitgeber.de